

SVP: Uni soll 50 bis 70 Millionen sparen

Partnerschaft Die Baselbieter Bürgerlichen machen Druck auf ihre Regierung, die derzeit mit Basel-Stadt verhandelt

VON HANS-MARTIN JERMANN

Gross ist die Freude bei den Regierungen beider Basel und der Universität über das neue Biozentrum. Beim 327-Millionen-Bau auf dem Basler Schällemätteli-Areal handelt es sich um das mit Abstand grösste von beiden Basel gemeinsam finanzierte Bauprojekt. Zudem ist das Biozentrum der erste von Stadt- und Landkanton realisierte Neubau für die gemeinsame Universität. Das erste Projekt könnte zugleich das letzte sein - zumindest das Letzte, das von beiden Kantonen paritätisch finanziert wird.

Das Biozentrum kostet Baselland netto rund 130 Millionen Franken. Alleine im laufenden Jahr steckt der klamme Landkanton 31 Millionen in das Prestige-Objekt. «Es ist offensichtlich, dass sich Baselland solche Investitionen nicht mehr leisten kann - schon gar nicht paritätisch.» Das sagt der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel. «Unglücklicherweise» habe Baselland dem Kanton Basel-Stadt, der damals finanziell in der Klemme steckte, mit langjährigen und substantziellen Verpflichtungen zur Uni geholfen, führt Weibel aus. Heute stecke Baselland - auch wegen der hohen Transferzahlungen in die Stadt - in einer ungemütlichen Situation und müsse laufend die Differenz bei der eigenen Bevölkerung einfordern, etwa durch den Abbau staatlicher Leistungen.

Ziel der Regierung «zu bescheiden»

Die Baselbieter SVP fordert deshalb Entlastungen bei der gemeinsamen Universität - und zwar nicht «nur» bei Investitionen wie dem Biozentrum, sondern auch bei den laufenden Ausgaben. Die beiden Kantonsregierungen verhandeln derzeit hinter den Kulissen über den Uni-Leistungsauftrag für die Jahre 2018 bis 2021. Im Frühjahr 2017 soll eine Vorlage in die Parlamente kommen. Aktuell bezahlt Baselland im Rahmen des Leistungsauftrags rund 160 Millionen Franken pro Jahr an die Universität. «Der Beitrag unseres Kantons ist aus Sicht der SVP um 50 bis 70 Millionen Franken zu hoch», sagt Weibel. Eine Kürzung in dieser Höhe bedeutete

«Es stellt sich schon die Frage, ob die grossen Schweizer Unis in allen Fakultäten sämtliche gängigen Studiengänge anbieten müssen.»

Sven Inäbnit Binninger FDP-Landrat

wohl den Abschied von der paritätischen Finanzierung. Denn die Basler Regierung ist zwar gemäss 80-Millionen-Deal mit Baselland bereit, im Hinblick auf den Leistungsauftrag Sparpotenzial auszuloten. Dieses dürfte aber nie und nimmer in der Höhe der SVP-Forderung liegen.

Die Baselbieter Regierung hat bei Präsentation des Sparpakets im Juli 2015 ihre Absicht kundgetan, den jährlichen Beitrag ans Restdefizit der Uni ab 2018 um 25 Millionen zu senken. Daran halte die Regierung auch nach Abschluss des 80-Millionen-Deals mit Basel-Stadt fest, sagte Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) vor den Sommerferien in einem bz-Interview. Aus



Der erste (und letzte?) von beiden Basel gemeinsam finanzierte Bau der Universität: das neue Biozentrum unweit des Kinderspitals. MTO

Sicht der SVP ist das Sparziel der Regierung «viel zu bescheiden», wie Landrat Weibel betont. Alleine im Immobilienvertrag zur Uni, der aufzulösen sei, betrage das Sparpotenzial rund 15 Millionen Franken. Die der Uni verrechneten Mieten von Uni-Bauten im Eigentum des Kantons Basel-Stadt seien zu hoch. Dies führe dazu, dass Baselland bei den Immobilien überproportional zur Kasse gebeten werde.

Noch wichtiger aber: Die SVP fordert eine Anpassung der Leistungsziele: Die Uni sei in den vergangenen Jahren nach dem Motto «Quantität statt Qualität» ungebremst gewachsen, kritisiert Weibel. «Sie sollte sich in ihrem Angebot auf jene Bereiche fokussieren, die der Wirtschaft und

der Region insgesamt dienen», fordert er. Ob die SVP mit diesem radikalen Sparvorschlag die bürgerlichen Partner im Landrat überzeugt, ist fraglich. Der Binninger FDP-Landrat Sven Inäbnit findet es zwar richtig, dass man das Konzept der Volluniversität - aktuell zählt Basel sieben Fakultäten - überprüft: «Es stellt sich schon die Frage, ob die fünf grossen Schweizer Unis in allen Fakultäten sämtliche gängigen Studiengänge anbieten müssen.»

SVP-Sparziel «zu hoch gegriffen»

Im Gegensatz zu Weibel will Inäbnit allerdings kein konkretes Sparziel definieren. Die ins Spiel gebrachten 50 bis 70 Millionen seien aus seiner Sicht viel zu hoch

gegriffen: «Dies würde Einschnitte im Angebot nach sich ziehen, welche die Uni als unabdingbaren wirtschaftlichen Standortfaktor empfindlich schwächen würden.» Für Inäbnit wäre das nicht akzeptabel. Die Uni dürfe besser, effizienter und fokussierter - aber nicht in ihren Grundfesten erschüttert werden. Die Baselbieter FDP hat in den vergangenen Wochen im Rahmen eines internen Workshops die Uni-Finanzien durchleuchtet. Man werde die Analyse vor den Herbstferien den Medien vorstellen, sagt FDP-Fraktionschef Rolf Richter. Welche Forderungen in Form von Landratsvorstössen oder Initiativen die Freisinnigen daraus abgeleitet haben, will Richterich noch nicht verraten.

130

Millionen Franken bezahlt der Kanton Baselland netto an das neue Biozentrum - gleich viel wie Basel-Stadt.

160

Millionen Franken bezahlt der Kanton Baselland pro Jahr an die laufenden Ausgaben der Uni - ebenfalls fast genau so viel wie Basel-Stadt.

2433

Studierende (von insgesamt 12 664) gaben im Frühlingsemester 2016 als Wohnort den Kanton Baselland an. In Basel-Stadt lebten demnach 2106, im Aargau 1180.

Unterstützer der Grünewirtschaft betonen Rentabilität

Abstimmungskampf Ein bikantonales Ja-Komitee macht sich für die Initiative «Grüne Wirtschaft» stark.

VON DANIEL HALLER

Zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft», die am 25. September zur Abstimmung kommt, hat sich regionales Unterstützerkomitee Basel-Stadt und Baselland gebildet. Es setzt sich zusammen aus verschiedenen Teilorganisationen der sozialdemokratischen und grünen Parteien beider Kantone, den Grünliberalen Basel-Stadt, Basta, dem Gewerk-

schaftsbund beider Basel, Pro Natura und Ärzte für Umweltschutz. An Unternehmen sind Repstatt und Backwaren-outlet vertreten, zwei Basler Kleinbetriebe.

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident der Grünen Baselland betonte jedoch: «Dass wir mit der Initiative im globalen Trend liegen zeigt unter anderem, dass sich eine der grössten Steuerzahlerinnen im Baselbiet - die Ikea - öffentlich hinter die Initiative stellt.» Auf Anfrage bestätigt Ikea-Sprecher Aurel Hosennen diese Aussage.

Franke-Küchen und Caterpillar

An einer Pressekonferenz legten die Co-Präsidentinnen und Co-Präsidenten

des regionalen Komitees dar, weshalb sie verbindliche Ziele für die Reduktion des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz fordern. «Diese Zielvorgabe ist mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel und sorgt dafür, dass die Pariser Ziele in der Schweiz erreicht werden» erklärt Raffaella Hanauer, Co-Präsidentin des Jungen grünen Bündnisses. Um das Versprechen zu erfüllen, das die Schweiz in Paris abgegeben hat, brauche es verbindliche Ziele.

Barbara Wegmann, Vizepräsidentin der Grünen Basel-Stadt betonte, dass sich Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft auch wirtschaftlich lohne: «Die 42 Unternehmen, welche sich seit der Gründung des Netzwerkes Ressour-

ceneffizienz zu konkreten Massnahmen entschlossen haben, sparen zusammen jährlich mindestens 100 Millionen Franken an Materialien und Energie ein». Auch der Küchenhersteller Franke spare durch Umstellung auf Ecodesign jährlich Millionen. Michela Seggiani von der SP Basel ergänzte, der Baumaschinenhersteller Caterpillar verlange auf Kernkomponenten der Maschinen ein Pfand und verkaufe sie dann aufgearbeitet als Ersatzteile weiter. Caterpillar erziele so eine höhere Marge als mit der Produktion von Neuteilen.

«Die Kreislaufwirtschaft fördert die Unabhängigkeit von Importen und somit die Unabhängigkeit vom Ausland und verfügt gleichzeitig über das Poten-

zial zur Schaffung vieler Arbeitsplätze», erklärte Katja Christ Präsidentin der Grünliberalen Basel-Stadt.

Die Juso Co-Präsidentin Mirjam Kohler zerpflückte die Argumente der Gegner: «Die Initiative zielt nicht auf die Konsumentinnen und Konsumenten, sondern fordert von Bund und Kantonen ökologisch verantwortungsvolleres Handeln». Und Basta-Co-Präsidentin Tonja Zürcher, wies darauf hin, dass der heutige Ressourcenverbrauch gehe nicht nur auf Kosten zukünftiger Generationen, sondern auch auf Kosten anderer Regionen. Dies habe in den nächsten Jahrzehnten weitere Konflikte und 200 Millionen Klimaflüchtlinge zur Folge.